

Öffentliche Bibliotheken in nationaler Gesetzgebung und Politik

Autorin: Barbro Wigell-Ryynänen

FOTO: PATRIK LINDSTRÖM



Ein Bibliotheksgesetz sichert die Existenz Öffentlicher Bibliotheken und garantiert den Erhalt ihrer Angebote. Nicht alle Länder Europas verfügen über ein solches Gesetz. Wie Bibliotheksgesetzgebung formuliert und entwickelt werden kann, zeigt Barbro Wigell-Ryynänen am Beispiel Finnland.

Stellenwert Öffentlicher Bibliotheken

Die Bedeutung von Öffentlichen Bibliotheken wird in den europäischen Ländern anerkannt, für ihre Angebote wird staatliche und kommunale Unterstützung gewährt. Das Netzwerk der Öffentlichen Bibliotheken fördert Lese- und Schreibfähigkeiten, verbessert Computerkenntnisse und garantiert den Zugang zu gesammeltem intellektuellem und kulturellem Kapital. Bibliotheken sind die Tore zur Partizipation in der Wissensgesellschaft. Der Zusammenhang zwischen der Nutzung von Bibliotheken und Lesen und einem erfolgreichen Abschneiden in Untersuchungen wie PISA wird nicht genügend beachtet, obwohl er ohne Zweifel besteht.

„Die Ziele der Arbeit von Öffentlichen Bibliotheken sind gleiche Voraussetzungen für die Bürger zu schaffen in Bildung, literarischen und kulturellen Bestrebungen, in der kontinuierlichen Entwicklung von Wissen, in persönlichen gleich wie staatsbürgerlichen Qualifikationen, Internationalisierung sowie Lebenslangem Lernen.“

▶ Die Rikhardinkatu-Bibliothek in Helsinki, Finnland

Dies ist ein Zitat des Finnischen Bibliotheksgesetzes, ich denke jedoch, dass diese Ziele auch für alle anderen Bibliotheksdienste in Europa relevant sind.

Nur ein Teil der europäischen Länder hat ein Bibliotheksgesetz. Gibt es wirklich den Bedarf für eine Bibliotheksgesetzgebung? Nicht notwendigerweise, wenn die Voraussetzungen für eine ständige Entwicklung der Angebote gegeben und gesichert sind. Nicht, solange der Wert von Bibliotheks- und Informationsdiensten für alle von den Entscheidungsträgern anerkannt ist, unabhängig vom Auf und Ab wirtschaftlicher Aussichten.

Bibliotheken und die Krise

Die Rezession in den 1990er Jahren hat Finnland stark getroffen. Es war eine Zeit straffer Budgets in den Gemeinden und zahlreiche Gemeinderäte hätten wohl ihre Bibliotheken geschlossen, hätte es nicht ein Bibliotheksgesetz gegeben, das die Verantwortlichkeit der Gemeinden zur Bereitstellung von Bibliotheks- und Informationsdiensten festhält.

Während der Rezession sind Buchentlehnungen und Bibliotheksbesuche enorm gestiegen. Die vielen Arbeitslosen haben die Bibliotheken mehr denn je zuvor genutzt, um Bücher, Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, sich weiterzubilden und mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Trends auf dem Laufenden zu bleiben.

Da wir nun einer neuerlichen wirtschaftlichen Krise und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit ins Auge blicken, sollte die Bedeutung von Volksbildung und Partizipationsfähigkeiten für das soziale Wohlbefinden hervorgehoben werden. In seiner Studie zu den Merkmalen der Finnischen Informationsgesellschaft von 2001 untersucht Manuel Castell, inwiefern das Wohlfartssystem der Stärkung einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit dient.

Obwohl nur ein Teil der europäischen Länder ein Bibliotheksgesetz hat, haben die meisten Länder eine Art Strategie oder Programme für Bibliotheken, welche die Entwicklung und Verbesserung der Angebote zum Ziel haben.

Eine Gesetzgebung ist verpflichtend, alle Akteure müssen ihr gerecht werden. Eine Strategie für Bibliotheken definiert Pläne und Ziele, wie die gewünschten Bedingungen erreicht werden sollen. Man kann einer Strategie auch verschrieben sein, sie ist jedoch nicht verpflichtend.

„Während der Rezession sind Buchentlehnungen und Bibliotheksbesuche enorm gestiegen.“

Finnische Gesetzgebung und Politik

Finnland wird hier konsequent als Beispiel verwendet, da wir ein Bibliotheksgesetz, eine Strategie und zwei Bibliotheksprogramme haben.

Finnlands erstes Bibliotheksgesetz trat 1929 in Kraft. Das Recht der BürgerInnen auf qualitative Angebote, unabhängig von Wohnort und Einkommen, wurde von Anfang an betont.

Das Bibliotheksgesetz von 1961 trat in Kraft, als der gesellschaftliche Wohlstand anstieg, und brachte die Idee der Familienbibliothek sowie beachtliche staatliche Fördermittel für den Unterhalt von Angeboten, Erbau von neuen Bibliotheken sowie die Akquisition mobiler Bibliotheken mit sich.

Als das Bibliotheksgesetz von 1990 veröffentlicht wurde, erholte sich Finnland gerade von der Rezession und die Informationsgesellschaft war schon im Kommen. Die Bibliotheken hatten bereits seit 1995 virtuelle Angebote entwickelt, mit umfassender staatlicher Unterstützung. Das Gesetz verband Bibliotheken mit der Informationsgesellschaft; Partizipationsfähigkeiten, Internationalisierung und Lebenslanges Leben waren Schlüsselwörter.

Das Finnische Bibliotheksgesetz-Programm von 2001 identifizierte Herausforderungen durch die Informationsgesellschaft und schlug konkrete Lösungen hierfür vor. Das Programm strich die Notwendigkeit der Bereitstellung von Ressourcen für die im Bibliotheksgesetz festgelegten Arbeitsbereiche für Öffentliche Bibliotheken hervor. Maßnahmen sollten getroffen werden, um die Finanzierung der Bibliotheken, des Personals und die technischen Kapazitäten sicherzustellen. Empfehlungen wurden gegeben bezüglich Erwerb von Medien, Mitarbeiteranzahl und Internet-Arbeitsstellen. Diese Schlüsselzahlen waren nicht durch das Gesetz vorgeschrieben, wurden jedoch als Indikatoren für ein gutes Service-Level angegeben.

Finnische Bibliotheksstrategie 2010

Die „Library Strategy 2010, a policy for access to knowledge and culture“ wurde 2003 als eine der ersten europäischen Bibliotheksstrategien veröffentlicht und dient noch immer als ein gutes Beispiel dafür, was Zuständige für Bibliotheksangelegenheiten in Europa erreichen wollen, wenn sie nationale Strategien formulieren. Die Strategie formuliert Visionen und Ziele, um den Zugang



FOTO: DÜRHAMMER, BVÖ

▶ Barbro Wigell-Ryynänen: „BibliotheksentwicklerInnen können sich niemals zurücklehnen und behaupten: Es ist erledigt, es ist fertig.“

zu Wissen und Kultur sicherzustellen; sie hebt die verschiedenen Verantwortlichkeiten der lokalen Behörden und des Staats hervor und man bezog sich auch im aktuellen Regierungsprogramm auf sie.

Unten stehend findet sich ein kurzes Zitat, das meiner Meinung nach überraschenderweise eine starke Verbindung zum UNESCO „Information for All Programme“-Bericht „Living information“, der drei Jahre später veröffentlicht wurde, hat. Das Dokument zielt darauf ab, zwei zentrale Konzepte zu verbinden – Zugang zu und Anwendung von Information:

„Während der nächsten Jahre wird die Bedeutung von Bibliotheken wachsen: als ein Lern- und Erfahrungsort, ein Transportmittel

unterschiedlichen Wissens und unterschiedlicher Kulturen mit einer Auffassung, die Bewältigung und Organisation von Information entsprechend den Nutzerbedürfnissen beinhaltet, ein Tor zu Information und elektronischer Kommunikation innerhalb der öffentlichen Verwaltung und als ein Teil der lernenden Gesellschaft, die lebenslanges Lernen praktiziert, da die Bedeutung von Online- und elektronischer Kommunikation nur dann hervorgehoben wird, wenn die Inhalte verwendet werden, und letztendlich dadurch, wie gut die Möglichkeiten und Fähigkeiten der NutzerInnen sind, die Informationen in ihrem Leben anzuwenden.“ (Library Strategy 2010/ Finnisches Unterrichtsministerium, 2003)

Diese Strategie sollte fortwährend in Abstimmung mit gesellschaftlichen und alltäglichen Veränderungen aktualisiert werden. Momentan wird bereits mit einer neuen Version gearbeitet; diese konzentriert sich auf neue Angebotskonzepte und kontinuierliche Aktualisierungen der Kompetenzen und Funktionen von Bibliotheken.

Zukunftschance Bibliothek

Die Angebote der Bibliotheken müssen gesellschaftliche und technologische Veränderungen sowie neue Lebensstile und Denkweisen aufnehmen, Bestand und Ausstattung müssen fortwährend erneuert werden. BibliotheksentwicklerInnen können sich niemals zurücklehnen und behaupten: Es ist erledigt, es ist fertig.

Deshalb müssen sich europäische BibliotheksexpertInnen regelmäßig treffen, um Trends und Herausforderungen zu diskutieren, um voneinander zu lernen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Es gibt kein europäisches „White Paper“ für Öffentliche Bibliotheken, es gibt keine offizielle Expertengruppe, aber es gibt definitiv den Bedarf für die laufende Abstimmung von Gesetzen, Strategien und Zielen, um Partizipation in der europäischen Wissensgesellschaft für alle zu garantieren – unabhängig von Wohnort oder Einkommen.



▶ **Barbro Wigell-Ryynänen** ist im Beirat für Bibliotheksangelegenheiten des Unterrichtsministeriums Finnland tätig. Sie ist zudem Mitglied des Naple Forum und des Naple Board.



FOTO: PATRIK LINDSTRÖM

▶ Die Vuosaari-Bibliothek in Helsinki